

21. Herbstwoche der KAB

13. bis 19.10.2018

Ein familienpolitisches Votum

Vorbemerkung

Mit dieser Erklärung zur Familienpolitik wollen die Teilnehmenden der 21. Herbstwoche eine Diskussion darüber anstoßen, wie eine zukunftsfähige und solidarische Gesellschaft eine gesicherte Lebensfähigkeit und Gestaltungsfreiheit von Familie gewährleisten kann. Die Entscheidung für Familie und Kindern muss dieselbe soziale Sicherheit und soziale Teilhabe gewährleisten, wie die Option zu anderen Lebensentscheidungen. Mit ihrem Votum wollen die Familien Eckpunkte für eine familienpolitische Debatte in der KAB und für eine Interessenvertretung für Familien beschreiben.

Perspektivwechsel

Familienpolitik bedarf eines Perspektivwechsels. Familienpolitik kann nicht darauf reduziert werden, Familien auf sich wandelnde gesellschaftliche Bedingungen einzustellen oder einfach nur für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Vielmehr verfolgen Familien selbst einen gesellschaftspolitischen Auftrag. Das stellt den notwendigen Blick dar, wie familienpolitische Forderungen zu beschreiben sind. Es ist Aufgabe des Staates, die eigenverantwortliche Lebensgestaltung für Familien zu ermöglichen. Voraussetzung hierfür ist ein grundsätzlich anderes, erweitertes Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Gelingen von Familie. In dieser Hinsicht beschreiben die Familien folgende Forderungen und Lösungsansätze:

1. Erziehung, Bildung und Betreuung

Bildungs- und Betreuungsangebote müssen kosten- und gebührenfrei zur Verfügung gestellt werden. Es bedarf der Anhebung der Standards in den Einrichtungen (Ganztagsbetrieb in KITA und Grundschule, Ausstattung, Qualitätsstandards der Betreuung, Personalschlüssel etc.). Dies beinhaltet auch gebührenfreie Zugänge von Kindern für kulturelle Einrichtungen.

Ein "kleines" in der Herbstwoche berichtetes Beispiel beschreibt die Realität: es fehlt in der Regel an einer familienergänzenden Betreuung von Kindern während der Schulferien, wenn beide Eltern arbeiten. Letztendlich bleiben die Familien bei der Suche nach Lösungen alleine.

2. Familie und Beruf

Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten, und damit auch die Familien, mehr Zeitautonomie. Es bedarf dringend einer allgemeinen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, nicht zuletzt, damit Mütter und Väter, alle Menschen, die füreinander Sorge tragen, ausreichend Zeit in ihren Familien verbringen können. Betriebliche und familienbezogene Abläufe müssen synchronisiert werden und betriebliche Betreuungsangebote ausgeweitet werden. Auch "ausgezählte Familientage oder -wochen" kamen als Idee ins Spiel. Dies alles wird nicht möglich sein, ohne "Geld in die Hand" zu nehmen, um für Familien verkürzte Arbeitszeiten finanziell auszugleichen. Wir sind mit der KAB als Sozialverband einig darüber, dass es für die Bewältigung vielfältiger gesellschaftlicher Aufgaben einer grundsätzlichen Umverteilung von Reichtum braucht.

Aus Sicht der Mütter bleibt zudem ein Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeitarbeit von entscheidender Bedeutung für die weitere Lebensplanung.

Betrieblich könnten angesichts der Digitalisierung flexible Arbeitszeiten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie an Bedeutung gewinnen, wenn sie auf innerbetriebliche Vereinbarungen basieren.

3. Familienleistungen

Den teilnehmenden Familien zeigt sich, dass die deutsche Familienpolitik verstärkt auf steuerliche Geldleistungen setzt, weniger auf Ausgaben in die Infrastruktur. Das Ehegattensplitting basiert auf einem überholten Familienbild, benachteiligt vor allem Alleinerziehende und unverheiratete Eltern. und

zementiert die Niedrigeinkommenssituation von Frauen mit den Folgen für deren eigenständige Alterssicherung. Dagegen profitieren Besserverdienende und kinderlose Ehepaare vom Splitting-Effekt. Richtungsweisend wäre eine Politik, die die verwendeten Steuermittel direkt in infrastrukturelle Leistungen investiert.

Die bundesdeutsche Familienpolitik "rühmt" sich mit ihren Hinweisen, dass immerhin 200 Mrd. Euro in die Familienpolitik fließen, versäumt aber den Hinweis darauf, dass viele Maßnahmen, z.B. im SGB II, allein der sächlichen Armutsvermeidung oder der Mitversicherung in den Sozialversicherungen dienen. In dieser Hinsicht verfehlt die bundesdeutsche Familienpolitik eindeutig ihr Ziel. Und was - so die Frage der teilnehmenden Familien - nutzt Geringverdienern ein Kinderzuschlag, wenn es an preiswertem Wohnraum für Familien mangelt.

Ausdrücklich begrüßen die teilnehmenden Familien, dass die KAB eine bessere Anerkennung der Erziehungs- und Pflegeleistungen in der Alterssicherung durchsetzen will.

4. Zeit für Familie

Richtig ist, so die beteiligten Familien, dass die Entscheidung für Familie/Kinder bedeutet, auch heute noch weniger Zeit für den Beruf zu haben. Beruf und Kinder werden zeitgleich gestemmt, der erzieherische "Aufwand" steigt an, hinzu kommt häufig die zeitgleiche Sorge um pflegebedürftige eigene Eltern und der hohe Aufwand, eigene freie Zeiten für das Familienleben zu organisieren. Hobbys, Freizeitinteressen oder bürgerschaftliches Engagement brechen für viele Eltern ganz weg. Gleichzeitig müssen die Eltern ihre beruflichen Wegepläne synchronisieren - nicht ohne die Schul- und Berufswegeplanung der eigenen Kinder angesichts der veränderten Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt immer mit im Blick haben zu müssen. Dies alles führt bei vielen Eltern zu einer "Rushhour des Lebens".

Damit beschreiben die Familien in der KAB eine eigene Realität, obwohl die Politik heute verstärkt eine parallele Familien-Zeitpolitik fördert. "Managen" müssen die Familien ihren Alltag alleine.

Dabei bleibt die Selbstfürsorge, insbesondere der Frauen, auf der Strecke und Lebensträume werden in die Zukunft verschoben.

5. Familienzeit, Wahlfreiheit und Grundeinkommen

Ein klares Votum formulierten die Familien für ein garantiertes Grundeinkommen. Dieses "Recht auf ein Einkommen" schafft schließlich eine unabdingbare Voraussetzung für Familien: die Wiederherstellung von Wahlfreiheit und Zeitsouveränität. Wahlfreiheit heisst, dass Eltern am besten entscheiden können, wie sie ihre familiäre Lebenssituation, ihre Berufstätigkeit und ihren Familienalltag gestalten wollen, welche Zeit sie dafür aufwenden können, wann sie Sorgearbeit leisten wollen etc. Viele Eltern aber haben keine Wahl: Sie müssen beide fünf Tage für Geld arbeiten - viele Entscheidungen für die Familie haben dagegen negative Folgen für ihr Einkommen (oder den späteren Rentenbescheid). Bei dieser Debatte um ein Grundeinkommen geht es grundsätzlich um eine Neubewertung und -verteilung aller Arbeiten. Individuen und Gesellschaft brauchen gleichermaßen Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, politische/gesellschaftliche Arbeit und ein gutes Leben für alle in Kultur, Bildung und Freizeit. Dabei ist dieser Gedanke der Neubewertung der Arbeit und der Tätigkeit in der Familie nicht "bedingungslos". Wir betonen ausdrücklich, dass Familien mit ihrem gesellschaftlichen Auftrag einen wesentlichen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Schließlich beschreibt das Gemeinwohl die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ermöglichen, ein gutes Leben zu führen.

Schlussbemerkung

Mit dieser Erklärung richten wir uns an andere Familien in der KAB und an den Verband selbst. Wir wollen eine Debatte darüber eröffnen, mit welchen familienpolitischen Forderungen die KAB die Interessen von Familien gegenüber Politik und Gesellschaft vertreten soll. Wir freuen uns, wenn Sie, wenn Ihr in der KAB dieses Angebot aufgreift.

Aachen, im Oktober 2018